

s.B.15.11.Alb. - PY/KF/ur

Bern, den 12. März 1969

Die Frage einer Aufnahme von Beziehungen
zu Albanien

I.

Albanien steht in der Völkergemeinschaft des Balkans ethnisch und sprachlich isoliert; es darf vermutet werden, dass es sich hier um den letzten Rest einer balkanischen Urbevölkerung - den Illyriern - handelt, die auf dem übrigen Balkan sukzessive von den aufeinanderfolgenden Wellen der Römer, Goten, Slawen und Türken absorbiert und verdrängt worden sind.

Wie auf dem ganzen Balkan übten auch in Albanien die Türken bis ins ausgehende 19. Jahrhundert die Oberherrschaft aus. Als zu diesem Zeitpunkt das ottomanische Reich zu zerbröckeln begann und europäische Grossmächte in das so entstehende Vakuum im Balkan eindringen, setzten diese 1912 einen deutschen Prinzen als Herrscher über das von den Türken befreite Albanien ein (er kehrte allerdings schon sechs Monate später fluchtartig wieder nach Deutschland zurück). Ein darauf - 1915 - von den Alliierten geheim gefasster Plan zur Aufteilung Albaniens scheiterte am Widerstand Italiens, das 1917 durch seine militärische Befehlshaber auf dem Balkan ein unabhängiges Albanien proklamieren liess (und damit ein schon von Renaissance-Päpsten manifestiertes italienisches Interesse an Albanien - damals als christliches Bollwerk gegen die Türken - neu belebte). - Der neue Staat war zuerst Republik, dann Königreich, bis er 1939 von den Truppen Mussolinis und später von jenen Hitlers besetzt wurde. - Als offizielles Datum der Befreiung von der Okkupation durch die Achsenmächte wird in Albanien der 29. November 1944 betrachtet.

Am 10. November 1945 anerkannten USA, Sowjetunion und Grossbritannien die provisorische albanische Regierung unter Enver Hodscha. Aus den Wahlen (volksdemokratischer Art) vom Dezember des gleichen Jahres ging ein von den Kommunisten beherrschtes Parlament hervor, das am 11. Januar 1946 die Volksrepublik proklamierte.

In der Folge entzogen dann die USA dem Regime Enver Hodscha die Anerkennung, und Grossbritannien brach später die diplomatischen Beziehungen mit Tirana ab.

./.



- 2 -

Formelles Staatsoberhaupt Albanien ist seit 1953 der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung, General Hadschi Leschi, während als Regierungschef der Vorsitzende des Ministerrates, Mehmet Schehu, amtiert. Die tatsächliche Gewalt liegt indessen seit dem Krieg in den Händen des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Enver Hodscha.

Die Volksrepublik bewarb sich 1946 erfolglos um die Mitgliedschaft bei der UNO. Im Rahmen eines "package deal" wurde sie schliesslich im Dezember 1955 (zusammen mit Irland, Portugal, Italien, Oesterreich, Ungarn, u.a.) in diese Organisation aufgenommen und wird somit heute durch die grosse Mehrzahl aller Staaten anerkannt. Bei der Abstimmung in der Generalversammlung enthielten sich die USA, Belgien, die Niederlande, die Philippinen und die Dominikanische Republik der Stimme; Griechenland, Kuba und Nationalchina stimmten gegen die Aufnahme).

Albanien, das im Grunde noch heute - und zumindest im Augenblick der Befreiung von den Achsenmächten - eine noch durchaus archaische Sozial- und Wirtschaftsstruktur aufweist, hat entsprechend die Ideen des Kommunismus mit dem ganzen, völlig unintellektuellen Fanatismus und Impetus einer archaischen Stammesreligion übernommen. Als sich in Moskau - wie vorher schon in Belgrad - ein gewisses Tauwetter durchsetzte, hielt Tirana fanatisch und rigoros an der "ursprünglichen und reinen" Lehre fest. Dies führte zu den bekannten Spannungen zuerst zu Belgrad (wobei allerdings auch die historische Antithetik der Albaner zu ihren ethnisch andersartigen Nachbarn mitspielen mochte) und später zu Moskau und seinen Satelliten, wodurch sich andererseits Albanien als Bundesgenosse und Vertrauter Pekings anbot.

Die sowjetische Intervention in der CSSR, die sowohl von Peking wie von Belgrad kritisiert wurde - wenn auch aus völlig verschiedenen Motiven -, liess vorübergehend eine gewisse Annäherung zwischen Tirana und Belgrad in den Bereich des Möglichen rücken. Heute ist die Lage indessen wieder undurchsichtig: die Presse berichtet erneut von jugoslawisch-albanischen Grenzzwischenfällen; andererseits ist Peking selbst - in dem Masse, als die Auseinandersetzung mit Moskau hitziger wird - Belgrad gegenüber in letzter Zeit bemerkenswert "tolerant" geblieben.

Ins Kapitel der albanischen Antithetik zu seinen Nachbarn gehört auch, dass es mit Griechenland den aus der Zeit der Okkupation durch Mussolini stammenden Kriegszustand formell bis heute nicht beigelegt hat; die Grenze nach Griechenland ist entsprechend noch heute hermetisch geschlossen.

./.

- 3 -

II.

Die Schweiz pflegte mit dem früheren Albanien Beziehungen; in den letzten Jahren vor dem 2. Weltkrieg unterhielt das Königreich Albanien in Bern und in Genf Honorarkonsulate (während die Schweiz in Tirana nie eine Vertretung eröffnet hat).

Nachdem wir gemäss unserer Doktrin nicht Regierungen, sondern Staaten anerkennen, Albanien als Staat aber nach wie vor besteht, ergibt sich daraus konkludent, dass die Schweiz Albanien als Staat anerkannt hat. (Vgl. hiezum den Antrag des EPD an den Bundesrat betreffend Beziehungen der Schweiz mit der Mongolei und Albanien, vom 30. Januar 1963: "Albanien, das seit 1912 unabhängig ist, haben wir in der Zwischenkriegszeit durch Zulassung albanischer Konsuln in Bern und Genf als Staat anerkannt. Durch die kommunistische Machtübernahme hat am Ende des zweiten Weltkrieges zwar ein Regierungswechsel stattgefunden, doch bestand und besteht für den Bundesrat nach schweizerischer Praxis kein Anlass, die gegenwärtige Regierung besonders und ausdrücklich zu anerkennen. Der heutige Zustand ermöglicht es unseren Vertretungen im Ausland, mit den albanischen Missionen zu verkehren".)

Diplomatische Beziehungen der Schweiz zur Volksdemokratie Albanien haben indessen nie bestanden; in den Zeiten nach dem zweiten Weltkrieg, als die kommunistischen Staaten durch ihre stalinistisch-totalitären Praktiken den Westen schockierten und auch bei uns in entsprechend schlechtem Licht standen, hatten wir kein Interesse, Beziehungen zu einem kommunistischen Staat neu aufzunehmen, ohne durch irgendwelche dort liegenden schweizerischen Interessen dazu genötigt zu sein (eine Schweizerkolonie existierte schon seit spätestens 1947 nicht mehr; die schweizerischen wirtschaftlichen Interessen sowie ein Warenaustausch waren praktisch nicht-existent). Zudem wollten wir nicht unsere guten Beziehungen zu Griechenland aufs Spiel setzen, das damals in einem Abwehrkampf gegen kommunistische, nicht zuletzt gerade aus Albanien stammende Guerillas stand und eine Annäherung unsererseits zu Albanien als unfreundlichen Akt hätte betrachten können. - In jüngerer Zeit scheuten wir vor der Aufnahme von Beziehungen zu Albanien zurück, weil eine solche den Anschein einer Stellungnahme in der Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau hätte erwecken können, was wir vermeiden wollten.

Mit unserer Zustimmung wahrte die jugoslawische Gesandtschaft in Bern ab Frühjahr 1947 faktisch die albanischen Interessen in unserem Lande, bis Tito im Herbst 1948 bekanntgab, dass Jugoslawien sich im Ausland künftig nicht mehr um die albanischen Geschäfte kümmern werde.

./.

- 4 -

Mit der faktischen Wahrung der schweizerischen Interessen in Albanien betrauten wir nach dem Kriege vorerst unsere Gesandtschaft in Belgrad, die mit der dortigen Vertretung der Volksrepublik bei Bedarf (meist im Zusammenhang mit Mitteilungen betreffend internationale Organisationen oder Konferenzen) Fühlung nahm und auch Einreisevisa für die Schweiz erteilte. Als Ende 1950 das Personal der albanischen Gesandtschaft Belgrad verlassen musste, wurde die schweizerische Gesandtschaft in Budapest unsere Kontaktstelle. Nachdem im Sommer 1954 die albanische Gesandtschaft in Belgrad wieder eröffnet worden war, gingen unsere sporadischen Fühlungnahmen wieder über Belgrad. Infolge der anhaltenden Spannungen zwischen Jugoslawien und Albanien wurde jedoch im August 1963 unsere Botschaft in Wien mit der Vertretung unserer Interessen in Albanien betraut.

III.

Die Albanier haben vor einigen Jahren, im Januar 1956, einerseits unserem Vertreter in Budapest gegenüber und andererseits durch ihre Delegation bei der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf gegenüber Vertretern der Handelsabteilung den Wunsch geäußert, diplomatische Beziehungen mit unserem Lande aufzunehmen und einen Handelsvertrag abzuschliessen. Im Juni 1958 wurde gegenüber unserer Vertretung in Belgrad mündlich diesem Wunsch erneut Ausdruck gegeben, und im Dezember 1961 gelangte der albanische Gesandte in Paris im selben Sinne an unseren dortigen Botschafter. Seither ist unseres Wissens albanischerseits lediglich Ende 1966 gegenüber unserem Vertreter in Peking der Wunsch nach engeren Kontakten mit der Schweiz und nach der Aufnahme von Beziehungen geäußert worden. - Offiziell wurde bisher allen diesen Vorstößen keine Folge gegeben.

Entsprechend dem schon erwähnten Antrag des EPD an den Bundesrat vom 30. Januar 1963 wurden indessen unsere diplomatischen Missionen im Ausland mit Kreisschreiben vom 9. Februar 1963 ermächtigt, soweit erforderlich nunmehr auch mit den albanischen Vertretern normal zu verkehren.

In den letzten drei Jahren scheint übrigens eine gewisse Belebung des schweizerisch-albanischen Handels eingetreten zu sein: so betragen unsere Importe aus Albanien in den Jahren 1965 Fr. 33'000.--, 1966 Fr. 26'000.-- und 1967 Fr. 1,1 Mio., während sich unsere Exporte nach Albanien in denselben Jahren auf Fr. 1,6 Mio., Fr. 2 Mio. und Fr. 2,1 Mio. beliefen. (Die Zahlen für 1968 liegen im Moment noch nicht endgültig vor).

Allerdings hat Albanien nach der sowjetischen Intervention in der CSSR die Mitgliedschaft im Warschaupakt - die schon vorher nur noch rein nominell gewesen war - formell gekündigt und damit die Spaltung zu Moskau und seinen Satelliten

- 5 -

erneut bekräftigt; zudem verlautete vor einigen Monaten - entsprechende Berichte wurden in der Folge weder bestätigt noch dementiert - Albanien errichte mit chinesischer Hilfe Abschussrampen für Langstreckenraketen, die gegen die Sowjetunion gerichtet seien. Von diesem Gesichtspunkt aus besteht somit die eindeutige Parteinahme Albaniens im sowjetisch-chinesischen Konflikt, die uns bisher von einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen abhielt, nach wie vor. Der Konflikt selbst hat sich andererseits in den letzten Wochen bedeutend verschärft (Ussuri-Grenzzwischenfall).

An sich entspricht es nicht unserer Gepflogenheit, mit einem Land, in dem sich keine schweizerischen Staatsangehörige befinden und mit dem uns keine nennenswerten handelspolitischen Interessen verbinden, konsularische oder diplomatische Beziehungen aufzunehmen; wir glauben indessen, dass wir - nachdem die Schweiz grundsätzlich die Universalität ihrer Beziehungen anstrebt und daher heute mit allen andern, ungeteilten Staaten des Ostblockes normale Beziehungen unterhält - auch mit Albanien diplomatische Vertreter austauschen sollten. Falls sich der Bundesrat zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Tirana entschliessen sollte, so empfehlen wir, unsere Botschaft in Rom mit der Wahrung unserer Interessen zu betrauen. Für Rom spricht die Tatsache, dass die Beziehungen zwischen Italien und Albanien heute gut sind (das am 7. Dezember 1961 auf drei Jahre abgeschlossene Handelsabkommen führte zu einer beachtlichen Intensivierung des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern) und dass die Verkehrsverbindungen von Rom nach Tirana relativ wenig Probleme bieten.

IV.

Seit dem ideologischen Bruch mit Moskau von 1961 sind die meisten Ostblockstaaten - ausser Peking, Nordkorea, Nordvietnam, Mongolei und (neuerdings wieder) Rumänien - in Tirana nur noch durch Geschäftsträger vertreten (Moskau unterhält überhaupt keine Beziehungen mehr mit Tirana).

Andererseits pflegen heute eine Reihe nichtkommunistischer Staaten diplomatische Beziehungen mit Albanien. So haben beispielsweise Frankreich und Italien einen Botschafter in Tirana, Oesterreich einen Botschafter mit Residenz in Belgrad und Finnland einen Gesandten mit Residenz in Prag.

Sondierungen Schwedens und - nach Aussage des schwedischen Botschafters in Belgrad - Norwegens in Albanien sind unseres Wissens nicht fortgeschritten und haben jedenfalls nicht zu eigentlichen offiziellen Kontakten geführt.

Eine vollständige Aufstellung über die in Tirana akkreditierten diplomatischen Vertretungen liegt bei.

Beilage erwähnt

untern